

Inhaltsverzeichnis

1. EFPIA	
2. Verband Forschender Arzneimittelhersteller	
3. Public Private Partnership	
4. Friends of Europe	
5. Kangaroo Group	

European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations

Die **European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations (EFPIA)** ist der europäische Dachverband der pharmazeutischen Industrie, dessen Mitglieder 37 nationale Verbände und 38 führende Pharmaunternehmen sowie 17 kleine bis mittlere Unternehmen sind. Hinzu kommen der Fachverband **Vaccines Europe** (VE) sowie 35 'Partners in Research'. Zu den deutschen Mitgliedern gehört der **Verband Forschender Arzneimittelhersteller** (VfA). ^[1]

Die EFPIA ist die wichtigste Lobbyorganisation der europäischen Pharmabranche mit den höchsten Lobbyausgaben, den meisten Kontakten zur EU und mehreren eingeschalteten Lobby-Agenturen. ^[2] Sie ist außerdem Partner von EU-Forschungsprogrammen wie der **Innovation Medicines Initiative** (IMI), Europas größter **Public Private Partnership**.

European Federation of Pharmaceutical Industries and Associations (EFPIA)

Rechtsform	Non-profit Association
Tätigkeitsbereich	Europäischer Dachverband der pharmazeutischen Industrie
Gründungsdatum	1978
Hauptsitz	8 Rue Mil Neuf Cents, Luxemburg
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Rue du Trône 108, B-1050 Brüssel
Webadresse	efpia.eu

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	2
2 Fallbeispiele und Kritik	3
2.1 Innovative Medicines Initiative (IMI): Problematische Partnerschaft mit der EU-Kommission	3
3 Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen	3
3.1 Vorstand	3
3.2 Verbindungen	4
4 Weiterführende Informationen	4
5 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	4
6 Einzelnachweise	4

Lobbystrategien und Einfluss

Die Pharmaindustrie ist eine der mächtigsten Lobbygruppen in Brüssel mit besten Verbindungen zu EU-Institutionen und hohen Lobbyausgaben. Nach Recherchen von Corporate Europe Observatory (CEO) geben die 10 europäischen Pharmaunternehmen mit den höchsten Lobbyausgaben zusammen zwischen 14,75 und 16,5 Mio. Euro jährlich für Lobbytätigkeiten aus. Insgesamt lobbyierten in Brüssel etwa 175 Personen für die Pharmaindustrie. ^[3]

Laut **EU-Transparenzregister** schätzt die EFPIA ihre Ausgaben für Lobbyarbeit im Jahr 2021 auf 5,5 bis 5,9 Mio. Euro. Die Zahl der Lobbyist:innen wird mit 30 (Vollzeitäquivalent: 11,2) angegeben. Seit 2014 haben sich Vertreter der EFPIA 95 Mal mit EU-Kommissaren, Kabinettsmitgliedern oder Generaldirektoren getroffen (Stand: 04.05.2022, Liste abrufbar über das **EU-Transparenzregister**). Laut EU-Transparenzregister leistete der Verband eine Vielzahl von Beiträgen zu EU-„Fahrplänen“, ist 7 in Expertengruppen vertreten und Stakeholder und Observer diverser EU-Institutionen/Organisationen.

Neben Nathalie Moll (Generaldirektorin) haben acht weitere Personen Zugang zu den Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments.

Einem Bericht von CEO zufolge, betreibt die Pharmaindustrie zunehmend auch über Beratungsagenturen Lobbyarbeit in Brüssel. Das Budget der EFPIA hierfür belaufe sich auf jährlich bis zu 660.000 Euro. Lobbyagenturen, die von der EFPIA bezahlt werden sind: Acumen, Hague, Corporate Affairs, Incisive Health, Interel, Porter Novelli, RPR Group, Rud Pedersen PA und ZN. ^[4]

Fallbeispiele und Kritik

Innovative Medicines Initiative (IMI): Problematische Partnerschaft mit der EU-Kommission

Die [Innovate Medicines Initiative](#) (IMI) ist eine Public-Private Partnership zwischen der EU-Kommission und der EFPIA. Nach eigenen Angaben besteht das Ziel der Initiative darin, Innovationen bei der pharmazeutischen Forschung in der EU voranzutreiben und die Gesundheit zu verbessern. Für IMI 2 (Zeitraum: 2014-2020) betrug das Budget 3,276 Mrd. Euro, wovon die EU (über die EU-Kommission) und die Industrie (über die EFPIA) jeweils die Hälfte beisteuerten. ^[5] Beschäftigte von Mitgliedsunternehmen der EFPIA arbeiten an den Projekten mit. Dem Verwaltungsrat ([Governing Board](#)) gehören jeweils fünf Vertreter der EU-Kommission und der Pharmaindustrie an. Verwaltungsratsvorsitzender ist Olivier Lareau, Präsident der [Servier Group](#).

Laut einer [Studie von Global Health Advocates und Corporate Europe Observatory](#) vom April 2020 verkörpert die IMI ein Modell, in dem die öffentliche Hand einen Großteil der Kosten übernimmt und es der Wirtschaft überlässt, die Forschungsagenda im Sinne der eigenen ökonomischen Interessen festzulegen und die Gewinne einzufahren. ^[6] Die EU-Politik sollte sich stattdessen am Nutzen für die Bürger und die Gesellschaft orientieren einschließlich eines fairen Zugangs zur Gesundheitsversorgung in der EU und weltweit. In der Studie werden Kriterien genannt, die sicherstellen sollen, dass die IMI und ihre Nachfolgerin [Innovative Health Initiative](#) im öffentlichen Interesse handeln. Nur unter dieser Bedingung sollten die Initiativen weiterhin aus EU-Steuermitteln gefördert werden.

Nach dem gleichen Muster ist das [Bio-based Industries Joint Undertaking \(BBI\)](#) geschaffen worden, einer Public-Private Partnership zwischen der EU-Kommission und dem Bio-based Industries Consortium. ^[7]

Organisationsstruktur, Personal und Verbindungen

Vorstand

Im ([Board](#)) werden die strategischen Prioritäten von EFPIA, die Hauptziele und die Genehmigung politischer Positionen festgelegt. Ihm gehören der Präsident, der Erste und Zweite Vizepräsident sowie die CEOs oder die für das Pharmageschäft verantwortlichen Personen der Mitgliedsunternehmen an.

Präsident des Vorstandes ist Hubertus von Baumbach, CEO von [Boehringer Ingelheim](#).

Verbindungen

Laut [EU-Transparenzregister](#) ist EFPIA Mitglied in den folgenden Verbänden, Netzwerken oder anderen Einrichtungen: BIAC, British Chamber of Commerce, DIA, EACD, EAPM, ECPA, EPAA, EPC, FAIB, FEAM, [Friends of Europe](#), [Kangaroo Group](#), Patients Access Partnership, TOPRA und THE EUROPEAN HOUSE.

Weiterführende Informationen

- [Policy prescriptions the firepower of the EU pharmaceutical lobby and implications for public health | Corporate Europe Observatory \(CEO\) | September 2015](#)
- [EU risks global public health in its protection of big pharma monopolies | Corporate Europe Observatory \(CEO\) | März 2021](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Membership: EFPIA corporate members](#) [efpia.eu](#), abgerufen am 04.05.2022
2. ↑ [Policy prescriptions the firepower of the EU pharmaceutical lobby and implications for public health, published by Corporate Europe Observatory \(CEO\), September 2015](#), Webseite CEO, abgerufen am 16. 01. 2016
3. ↑ [Internal documents show Pharma Lobby promoting commercial interests during corona pandemic](#), [corporateeurope.org](#) vom 21.09.2020, abgerufen am 18.04.2021
4. ↑ [Big Pharma´s lobbying firepower in Brussels: at least €36 million a year \(and likely far more\)](#) [corporateeurope.org](#), vom 31.05.2021, abgerufen am 04.05.2022
5. ↑ [The IMI funding model](#), [imi.europa.eu](#), abgerufen am 17.04.2021
6. ↑ [New report: More private than public: the ways big Parma dominates the Innovative Medicines Initiative](#), 25.05.2020, abgerufen am 11.04.2021
7. ↑ [Research & Destroy The factories of the industrial bioeconomy threaten the climate and biodiversity](#), [corporateeurope.org](#) vom 22.05. 2020, abgerufen am 18.04.2021

Verband Forschender Arzneimittelhersteller

Der **Verband forschender Arzneimittelhersteller (vfa)** ist ein Zusammenschluss von 43 Pharma-Unternehmen. Er versucht, deren Interessen vor allem in der Gesundheitspolitik durchzusetzen. Da so große Konzerne wie [Bayer](#), [Pfizer](#),

**Verband forschender
Arzneimittelhersteller e.V. (vfa)**

Rechtsform e. V. (Berlin VR 20153 B)
Tätigkeitsbereich Interessenvertretung der Pharmabranche
Gründungsdatum 1994

Novartis oder Roche hinter ihm stehen, gilt der vfa als einflussreichster Lobby-Verband der Pharmabranche. Der vfa tritt nicht nur als politischer Lobbyist auf, sondern auch als Öffentlichkeitsarbeiter. So hat er die bekannte Werbekampagne "Forschung ist die beste Medizin" in Auftrag gegeben.

Lobbyisten in Ministerien



- Überblick A-Z
- Problembeschreibung

Verband forschender Arzneimittelhersteller e.V. (vfa)	
Hauptsitz	Hausvogteiplatz 13, 10117 Berlin
Lobbybüro	
Lobbybüro	
EU	
Webadresse	www.vfa.de

Inhaltsverzeichnis

1 Lobbystrategien und Einfluss	5
1.1 Seitenwechsel	6
1.2 Lobbyisten in Ministerien	6
2 Fallbeispiele und Kritik	6
2.1 Arzneimittelmarkt-Neuordnungsgesetz (AMNOG)	6
3 Organisationsstruktur und Personal	7
3.1 Vorstand	7
3.2 Geschäftsführung	7
4 Finanzen	7
5 Kurzdarstellung und Geschichte	7
6 Zitate	7
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	7
8 Einzelnachweise	8

Lobbystrategien und Einfluss

Wie erfolgreich die forschenden Arzneimittelhersteller ihre Produkte vermarkten, kann man daran ablesen, dass sich der Anteil patentgeschützter Medikamente an den gesamten Medikamentenkosten von 1993 bis 2011 vervierfacht hat.^[1] Lange Zeit ist es den Pharmafirmen gelungen, alle Pläne der Politik zur Kostendämpfung abzuwehren oder abzuschwächen.

Im deutschen Lobbyregister gibt der Verband Forschender Arzneimittelhersteller (vfa) an, (Stand: 04.05.2022):

- im Jahr 2021 3.160.001 bis 3.170.000 € für Lobbyarbeit auszugeben und
- 17 namentlich benannte Lobbyist:innen zu beschäftigen. ([zum Registereintrag](#))

Auch im europäischen Transparenzregister ist der vfa eingetragen. Dort hat der vfa für das Jahr 2021 200.000 bis 299.999 € Lobbyausgaben und 18 beschäftigte Lobbyist:innen (Vollzeitäquivalent: 2,6) angegeben. ([zum Registereintrag](#))

Seitenwechsel

Der Verband setzte bei der Wahl seiner Geschäftsführung auf bekannte Größen aus der Politik. Der politische Erfolg des VfA ist eng mit der Person seiner langjährigen Geschäftsführerin [Cornelia Yzer](#) verknüpft. Yzer gehörte als Staatssekretärin dem Kabinett von Helmut Kohl an, bevor sie 1997 zur Pharmedia wechselte. Im Anschluss an die VfA-Geschäftsführung war [Cornelia Yzer](#) von Ende September 2012 bis Anfang Dezember 2016 als Berliner Wirtschaftssenatorin tätig.^[2] Bei der Suche nach einer geeigneten Nachfolgerin fiel die Wahl erneut auf eine Ex-Politikerin: Die neue VfA-Chefin [Birgit Fischer](#) war von 2002 bis 2005 als Gesundheitsministerin in Nordrhein-Westfalen tätig und Mitglied im SPD-Präsidium.^[3] Im April 2019 schied sie als Hauptgeschäftsführerin aus.

Geschäftsführer für den Bereich „Politik und Strategie“ ist seit 2015 Jan Carels, zuvor Geschäftsführer für Politik und Unternehmensentwicklung beim AOK-Bundesverband.^[4]

Lobbyisten in Ministerien

Lobbyisten im Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie

Zeitraum	Unbekannte Einsatzdauer zwischen 2002 und Oktober 2006 ^[5]
Mitarbeiter	k.A.
Bearbeitete Themen	k.A.

Fallbeispiele und Kritik

Arzneimittelmarkt-Neuordnungsgesetz (AMNOG)

Die Branchenvertreter zeigten sich empört, als der Bundestag im November 2010 das Arzneimittelmarkt-Neuordnungsgesetz (AMNOG) verabschiedete. Das Gesetz beinhaltete eine Nutzenbewertung neuer Präparate - als Vorbedingung für Preisverhandlungen zwischen den Produzenten und den Kostenträgern. Bis dahin hatten die Arzneimittelfirmen die Preise ihrer Medikamente frei festsetzen können und für es für deren Zulassung hatte es genügt, wenn ein neuer Wirkstoff einen Laborwert zum Positiven veränderte. Nun sollten die Hersteller belegen, dass diese Wirkung auch einen konkreten Zusatznutzen für den Patienten hat, also den Gesundheitszustand verbessert, die Krankheitsdauer verkürzt oder die Lebenszeit verlängert. Schon im ersten Jahr nach ihrem Inkrafttreten wurde deutlich, wie notwendig die Neuregelung war: Von 23 Medikamenten, die 2011 in Deutschland auf den Markt kamen, erwiesen sich acht als Scheininnovationen ohne jeden Zusatznutzen für die Patienten.^[6] Noch im selben Jahr wurde [Cornelia Yzer](#) als Geschäftsführerin des Pharmaverbandes verabschiedet - offenbar aus Verärgerung darüber, dass sie die strengeren Zulassungsregeln nicht verhindert hatte.^[7] Mittlerweile konnte die neue Geschäftsführerin [Birgit Fischer](#) gemeinsam mit anderen Branchenvertretern einen ersten großen Erfolg verbuchen: Ursprünglich war im AMNOG vorgesehen, nicht nur neue, sondern auch bereits zugelassene Medikamente einer Nutzenbewertung zu unterziehen. Die Pharmedia hat diese sogenannte Bestandsmarktpflicht als „Bürokratiemonster“ verunglimpft. Die große Koalition hat kurz darauf die Regelung im Frühjahr 2014 wieder gestrichen - und damit auf erhebliche Einsparpotentiale bei den Arzneimittelausgaben verzichtet.

Organisationsstruktur und Personal

Vorstand

Amtsperiode 2016/2017:

- Han Steutel, Vorsitzender, [Bristol-Myers Squibb GmbH & Co. KGaA](#)
- Frank Schöning, stellvertretender Vorsitzender, [Bayer Vital GmbH](#)
- und weitere, Quelle: ^[8]

Geschäftsführung

Bis April 2019 war [Birgit Fischer](#) Hauptgeschäftsführerin. Kommissarischer Leiter der Geschäftsführung ist seitdem der Vorstandsvorsitzende Hans Steutel.

Finanzen

Finanziert wird der vfa durch Mitgliedsbeiträge. Laut Europäischen Transparenzregister betrugen die Lobbykosten des VfA für das Geschäftsjahr 2015 250.000 Euro.^[9]

Kurzdarstellung und Geschichte

Nach eigenen Angaben decken die VfA-Mitglieder über zwei Drittel des Arzneimittelmarktes ab und beschäftigen in Deutschland rund 85.000 Mitarbeiter.^[10] Der Verband forschender Arzneimittelhersteller vertritt die Interessen von 43 Pharmaunternehmen und Biotechnologie-Firmen.^[11] Der VfA vertritt vor allem die Interessen großer Pharmaunternehmen, im Unterschied zum [BPI](#), der eher mittelständische Unternehmen vertritt. Nachdem sich der VfA 1993 vom [Bundesverband der Pharmazeutischen Industrie](#) ab, wurde der Verband durch die Imagekampagne "Forschung ist die beste Medizin" bekannt, die mit einem Jahresbudget von 10 Millionen Euro gestartet und über mehrere Jahre fortgeführt wurde.^[12] Von 1997 bis 2011 war [Cornelia Yzer](#), ehemalige Staatssekretärin im Kabinett von Helmut Kohl, Geschäftsführerin des Pharmaverbandes. Seit 2011 ist [Birgit Fischer](#) Hauptgeschäftsführerin, von 2002-2005 Ministerin Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie NRW.

Zitate

"Ich weiß, dass deutsche Abgeordnete personell miserabel ausgestattet sind: Ein Einzelner kann ohne fachliche Hilfestellung von außen kein Gesetz einbringen - er hat meistens keinen Zugriff auf Expertisen eigener Mitarbeiter." Cornelia Yzer über ihren [Seitenwechsel](#) zur Pharmedia ^[13]

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Faktenblatt Arzneimittelmarkt](#), Pressestelle GKV-SV vom 24.05.2013, abgerufen am 25.01.2017
2. ↑ [Eine gute Zeit für die Berliner Wirtschaft](#), Tagesspiegel vom 02.09.2016, abgerufen am 25.01.2017
3. ↑ [Die Wechselhafte](#), ZEIT Online vom 13.10.2011, abgerufen am 25.01.2017
4. ↑ [Pressemitteilung vom 07.07.2015](#), vfa.de, abgerufen am 05.08.2019
5. ↑ [Antwort der Bundesregierung \(pdf\)](#) auf kleine Anfrage der FDP-Fraktion zu "'Monitor' - Bericht über eine neue Art von Lobbyismus in Bundesministerien" vom 13.11.2006, letzter Zugriff 09.09.2011
6. ↑ [Ein Drittel aller neuen Pillen ist überflüssig](#), Spiegel Online vom 27.09.2012, abgerufen am 25.01.2017
7. ↑ [Umstrittene Pharmedybinistin muss gehen](#) Spiegel Online vom 10.02.2011, abgerufen am 25.01.2017
8. ↑ [Webseite Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#) abgerufen am 24.01.2017
9. ↑ [Europäisches Transparenzregister](#), abgerufen am 25.01.2017
10. ↑ [Webseite Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#), abgerufen am 25.01.2017
11. ↑ [Webseite Verband Forschender Arzneimittelhersteller](#), abgerufen am 25.01.2017
12. ↑ ["Forschung ist die beste Medizin": Informationskampagne auch mit Marburger Forscher](#), Informationsdienst Wissenschaft vom 09.06.2004, abgerufen am 25.01.2017
13. ↑ [Eine fast anonyme Macht](#), taz vom 15.05.2004, abgerufen am 25.01.2017

Public Private Partnership

Public-Private Partnership (PPP), eingedeutscht auch **öffentlich-private Partnerschaft (ÖPP)** genannt, bezeichnen Modelle der Einbeziehung privater Wirtschaftssubjekte bei der Erledigung öffentlicher Aufgaben. Eine einheitliche, allgemein akzeptierte Definition von PPP existiert zur Zeit nicht.

Der Ökonom Holger Mühlenkamp vermutet in dieser begrifflichen Unschärfe einen Grund für die weit verbreitete Verwendung des Begriffes, denn diese ermöglicht vielfältige Einsatzmöglichkeiten. Zudem vermittelt der Begriff eine positive Botschaft. "Gemeinsames Interesse und kooperative Umgangsformen zwischen öffentlichen und privaten Partnern zum Vorteil aller". Hauptsächlich wird in der offiziellen Argumentation für PPP die Intention angeführt, dass PPP zu einer effizienteren Erfüllung öffentlicher Aufgaben führen soll, womit Steuerzahler und die öffentliche Hand entlastet würden.^[1]

Inhaltsverzeichnis

1 Unterscheidungen	9
1.1 Die drei grundlegenden Typen	9
2 Praxisbeispiele von ÖPP	9
2.1 2007-2013 Arvato in Würzburg	9
2.2 2007-2016 Elbphilharmonie	9
2.3 Weitere Beispiele	10
3 Ergebnisse der Rechnungshöfe	10
4 PPP-Akteure	10
4.1 Politiker als Verfechter von PPP	11
5 Kritik	11
6 Mehr über Public-Private Partnership	12
7 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	12
8 Einzelnachweise	12

Unterscheidungen

Die drei grundlegenden Typen

- Private können an einzelnen Stellen eines mehrstufigen oder mehrteiligen Produktions- und Absatzprozesses öffentlicher Leistungen eingesetzt werden
- Öffentliche Aufgaben werden vollständig, d.h. über alle Produktionsstufen bzw. -prozesse, in die Hände von privaten gegeben
- Öffentliche Hand und Private arbeiten auf einzelnen oder allen Produktions- bzw. Prozessstufen zusammen

Quelle:^[1]

Praxisbeispiele von ÖPP

2007-2013 Arvato in Würzburg

Die Bertelsmann-Tochter **Arvato direct services GmbH** und die Stadt Würzburg haben im Mai 2007 das Projekt »Würzburg integriert!« vereinbart. Arvato sollte eine zentrale eGovernment-Plattform entwickeln, über die alle Verwaltungsakte mit den Bürgern digital getätigt werden: Kfz- und Einwohneranmeldung, Parkscheine, Geburts- und Ehedokumente, Hundesteuer, Fundbüro, Führerscheinfragen, Registrierung neuer Unternehmen. Damit sollten die amtlichen Vorgänge effizienter werden. Ziel war die Einsparung von 75 Arbeitsplätzen innerhalb von 10 Jahren.

Arvato finanzierte das Projekt vor und sollte nur ergebnisabhängig bezahlt werden. Schon 2008 stockte das Ganze, 2010 war es praktisch beendet. Absehbare Probleme des Projekts waren: Nicht alle Bürger haben einen Internetanschluß. Sicherheitslücken beim Zugang und innerhalb der Verwaltung. Außerdem hatten die städtischen Beschäftigten keine Lust, beim Abbau ihrer Arbeitsplätze selbst mitzuwirken.

Arvato kündigte und forderte 4,58 Millionen Euro Schadenersatz. Es folgte das bei ÖPP-Projekten übliche Verfahren: Wie im geheimen Vertragstext vereinbart, dürfen die Vertragspartner bei Streitigkeiten zunächst nicht vor ein öffentliches Gericht gehen, sondern bilden ein privates Schiedsgericht, das ebenfalls geheim tagt. Hier einigte man sich auf einen Berliner Rechtsanwalt als privaten Schlichter. Schließlich kam Ende September 2013 der außergerichtliche Vergleich zustande. Ergebnis: Die Kommune verzichtete auf ihre Forderungen und zahlt an Arvato 535500 Euro. Damit wird das Projekt endgültig beendet. ^[2]

2007-2016 Elbphilharmonie

Im Juli 2005 wurden die Kosten für den Bau der Hamburger Elbphilharmonie erstmals vorgestellt. Die ÖPP aus der Stadt Hamburg und dem Baukonzern Hochtief sah eine Beteiligung von 77 Millionen Euro durch die öffentliche Hand vor. Ende 2016 war das Gebäude dann fertiggestellt und für Besucher freigegeben, 7 Jahre später als gedacht und geplagt von etlichen Skandalen rund um die Zusammenarbeit zwischen Hochtief, der Stadt und den beiden Architekten. Die Kosten stiegen bis dahin auf 789 Millionen Euro an - für die öffentliche Hand. Mit Gesamtkosten von 866 Millionen Euro ist die Elbphilharmonie das zwölft teuerste Gebäude der Welt, vor allem zulasten der Steuerzahler. ^[3]

Weitere Beispiele

- [Infrastrukturgesellschaft Verkehr](#) (in Planung)
- Ausbau der Autobahn A1 zwischen Hamburg und Bremen
- Ausbau der Autobahn A7 zwischen Hannover und Kassel
- LkW-Autobahnmautsystems [Toll Collect](#)
- Justizvollzugsanstalt JVA Hünfeld
- Universitätsklinikum Gießen und Marburg

Ergebnisse der Rechnungshöfe

Die Rechnungshöfe des Bundes und der Länder veröffentlichten im September 2011 ein gemeinsamen Bericht zu öffentlich-private Partnerschaften.^[4] Darin stellten sie fest, dass die dort untersuchten Projekte im Gesamtwert von 3,2 Mrd. Euro sich als eher nachteilig für die öffentlichen Auftraggeber erwiesen. Der Bericht enthält die Forderung, dass die öffentliche Hand Vorhaben, die sie sich aus eigenen Mitteln nicht leisten kann, auch nicht alternativ im Rahmen einer ÖPP finanzieren darf.^[5]

Im Juni 2014 kam der Bundesrechnungshof zum Ergebnis, dass privat gebaute Autobahnen erheblich teurer seien, als eine öffentliche Finanzierung. Die Rechnungsprüfer haben die, bis dahin, sechs im Rahmen der ÖPP realisierten Projekte untersucht. Infolgedessen habe sich bei allein fünf Projekten gezeigt, dass diese um „1,9 Milliarden Euro teurer sind, als eine konventionelle Realisierung“ aus öffentlichen Geldern. Beispielsweise sei das ÖPP-Projekt zum Ausbau der A1 um 28 Prozent teurer als vorab einkalkuliert. Laut Berechnungen im Vorfeld, hätte der Ausbau ganze 40 Prozent günstiger sein müssen, als die öffentliche Variante. Ein Grund für diese Kostenexplosion seien die Finanzierungskosten, welche für Unternehmen -mit Blick auf die höheren Zinsen- deutlich teurer seien, als für den Bund.^[6]

PPP-Akteure

Ein großes Eigeninteresse an der Anbahnung von PPP-Projekten haben naturgemäß Unternehmensprüfer, Beraterfirmen und Anwaltskanzleien, da diese mit dem Abfassen von umfangreichen Vertragswerken viel Geld verdienen. PPP-Vertragswerke zeichnen sich i.d.R. dadurch aus, dass sie äußerst kompliziert und seitenstark sind und in ihren weitreichenden Konsequenzen von verantwortlichen Politikern wenn überhaupt nur mit erheblichen Aufwand überblickt werden können.

- Unternehmensprüfer: [Freshfields](#)
- PPP-Anbahnungsinstanzen: [ÖPP Deutschland AG](#)
- Interessenverbände: [Bundesverband Public Private Partnership \(BPPP\)](#)

Im August 2014 hat Bundeswirtschaftsminister [Sigmar Gabriel](#) eine [Expertenkommission zur Stärkung von Investitionen in Deutschland](#), zum Beispiel Verkehrswege oder kommunale Infrastruktureinrichtungen, eingesetzt. Augenscheinlich ist diese Kommission mit einer Mehrheit an Profiteuren an ÖPP besetzt.

Politiker als Verfechter von PPP

Roland Koch: Der ehemalige hessische Ministerpräsident gilt als einer der stärksten Verfechter der Public Private Partnerships. Unter seiner Präsidentschaft entwickelte sich Hessen zu dem PPP-freundlichsten Bundesland überhaupt. Vor allem Kochs späterer Arbeitgeber, der zweitgrößte deutsche Baukonzern Bilfinger Berger, profitierte von seinen Bemühungen, PPP zu etablieren. Ein ehemaliger Bilfinger-Manager gab zwar an, Koch sei an Auftragsvergaben nie unmittelbar beteiligt gewesen, dennoch erhielt der Konzern zwischen 2002 und 2010 den Auftrag für 3 von insgesamt 16 ausgeschriebenen Vorhaben, darunter das bislang viertgrößte in Deutschland, das Justizzentrum in Wiesbaden für 128 Millionen Euro.^[7]

Von 2011 bis 2014 war Koch anschließend Vorstandsvorsitzender von Bilfinger-Berger, verließ den Konzern nach starken Gewinneinbrüchen seit Beginn seiner Beschäftigung einvernehmlich.^[8]

Peer Steinbrück: Der frühere SPD-Spitzenpolitiker und Kanzlerkandidat half dabei, in Nordrhein-Westfalen PPP salonfähig zu machen. 2010 ließ er sich ein Interview zu PPP mit 7.000 Euro von Bilfinger Berger honorieren, die das Gespräch verschriftlichten und im eigenen Geschäftsbericht abdrucken ließen. Doch das ist kein Einzelfall: Steinbrück ließ sich zwischen 2010 und 2012 für insgesamt fast 100.000 Euro auch von weiteren Unternehmen der Branche buchen, darunter die Beraterfirmen [Freshfields Bruckhaus Deringer](#), Ernst & Young und [PricewaterhouseCoopers](#).^[9] Es gebe eine ganze Reihe "vorzeigbarer Projekte, mit denen sich nachweisen lässt, dass ÖPP eine Alternative ist, die durchaus stärker genutzt werden sollte", so Steinbrück in einem der Interviews.^[10]

Kritik

Teuer, ineffektiv und wettbewerbsverzerrend

Anlässlich des Urteils des Landgerichts Hannover zur Klage des privaten Autobahnbetreibers A1 Mobil vom 07.09.2018^[11] fordert der Zentralverband des Deutschen Baugewerbes einen generellen Verzicht auf öffentlich-private Partnerschaften in Deutschland.^[12] Wie der Bundesrechnungshof bezeichnet er solche Geschäfte als teuer und ineffektiv. Nach Auffassung des Verbands schließen sie außerdem den heimischen Mittelstand aus und garantierten deshalb keinen ausreichenden Wettbewerb.

Verbriefung langfristiger PPP-Verträge

Werner Rügemeier kritisiert, dass Banken langfristige PPP-Verträge verbrieften können. Mit den verbrieften PPP-Mieten können die Banken handelbare (spekulative) Wertpapiere machen. Damit käme eine aufgeblähter Finanzkreislauf in Gang:

"Die Bank I, die dem PPP-Investor den Kredit gegeben hat, verkauft die Mietforderungen an die Bank II, die dafür einen Kredit bei der Bank III aufnimmt; die Bank IV kann den verbrieften Kredit von der Bank II kaufen, indem sie bei der Bank V einen Kredit aufnimmt und so weiter - so dreht sich das riskante Karussell der privaten Geldschöpfung"^[13]

Geheimhaltung der Verträge

Immer wieder in der Kritik steht auch die Tatsache, dass alle Verträge von PPP-Projekten unter Geheimhaltung stehen. Zur Begründung dafür wird immer wieder das Geschäfts- und Betriebsgeheimnis der beteiligten Unternehmen angeführt. Die Geheimhaltung sei eine maßgebliche Voraussetzung, damit die privaten Unternehmen ihre Gewinninteressen gegenüber der öffentlichen Hand durchsetzen können.^[14]

Mehr über Public-Private Partnership

- [Website PPP-Irrweg \(attac\)](#)
- *Public Private Partnership: Die Plünderung des Staates*, Werner Rügemer in: junge Welt, 31. Januar 2010

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ ^{1,01,1} [Holger Mühlenkamp, Public Private Partnership aus der Sicht der Transaktionskostenökonomik und der Neuen Politischen Ökonomie](#), in: Schriftenreihe der Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft Herft 54, Baden-Baden 2006, S. 29-50
2. ↑ [Flop mit Signalwirkung](#) junge welt vom 17.10.2013, abgerufen am 22.10.2013
3. ↑ [Schön, teuer, fertig](#) FAZ vom 4. November 2016, abgerufen am 21.06.2017
4. ↑ [Gemeinsamer Erfahrungsbericht zur Wirtschaftlichkeit von ÖPP-Projekten](#) abgerufen am 02.02.2012
5. ↑ [PM des Rechnungshof Hamburg vom 22.11.2011](#) abgerufen am 03.02.2012
6. ↑ [Privater Autobahnbau lohnt sich nicht](#), handelsblatt.de vom 12.06.2014, abgerufen am 18.06.2014
7. ↑ [Wem nützt Roland Koch an der Spitze von Bilfinger Berger?](#) Wirtschaftswoche vom 09. November 2010, abgerufen am 21.06.2017
8. ↑ [Spektakulär gescheitert](#) FAZ vom 04. August 2014, abgerufen am 21.06.2017
9. ↑ [Der Autobahn-Klau](#) Taz.de vom 05. Januar 2013, abgerufen am 21.06.2017
10. ↑ [Der verkaufte Staat](#) Welt.de vom 09. Februar 2014, abgerufen am 21.06.2017
11. ↑ [Betreiber trägt das Risiko für zu wenig Verkehr](#), lto.de vom 07.09.2018], abgerufen am 10.09.2018
12. ↑ [Autobahnbetreiber scheitert mit Klage](#), sueddeutsche.de vom 07.09.2018
13. ↑ [Die neue Reichtumsmaschine - 01.02.2012](#) jungewelt.de, letzter Zugriff am 06.03.2012
14. ↑ [Geheimhaltung - der Nährboden für PPP](#) ppp-irrweg.de, letzter Zugriff am 06.03.2012

Friends of Europe

Friends of Europe ist ein [europäischer Think tank](#), der Vertreter von Unternehmen mit Vertretern der EU-Institutionen über Veranstaltungen, zu denen nur Mitglieder zugelassen sind, zusammenbringt.

Im Kuratorium sind ehemalige EU-Kommissare, Regierungschefs und EU-Parlamentarier neben Repräsentanten der Wirtschaft vertreten. Diese institutionalisierten Kontakte eröffnen der Wirtschaftslobby die Möglichkeit, die EU-Politik in ihrem Interesse informell zu beeinflussen. Dies betrifft vor allem Gesetze und Verordnungen zur Regulierung der Branchen, in denen Mitglieder von Friends of Europe sich betätigen.

Friends of Europe

Rechts form Association sans but lucratif (Asbl) = Verein ohne Gewinnerzielungsabsicht

Tätigkeitsbereich Europäische Denkfabrik, in der Lobbyisten und Vertreter der EU-Institutionen zusammenarbeiten

Gründungsdatum 1999

Hauptsitz Brüssel, Rue de la Science 4

Der Präsident **Etienne Davignon**, ehem. EU-Kommissar und Vizepräsident der EU-Kommission, ist/war in einer Vielzahl von Leitungsgremien großer Unternehmen und deren Netzwerken aktiv. Als EU-Kommissar hat er sogar an der Gründung und Ausgestaltung des **European Roundtable of Industrialists** (ERT) mitgewirkt. Der Gründer **Giles Merritt**, Mitglied des Kuratoriums, hat weitere lobbynahe Organisationen gegründet und ist in diesen an leitender Stelle tätig.

Friends of Europe

Lobby

büro

Lobby

büro

EU

Webad www.friendsofeurope.org

resse

Inhaltsverzeichnis

1 Mitglieder/Sponsoren/Partner: Einfluss auf Programme, Beiträge in Publikationen sowie Netzwerkbildung	13
2 Kurzdarstellung und Geschichte	14
3 Aktivitäten	14
3.1 Themen	14
3.2 Programme	14
3.3 Veranstaltungen	14
3.4 Diskussionsplattform Debating Europe	15
4 Struktur, Leitungsgremien und Mitglieder	15
4.1 Präsident	15
4.2 Direktorin	15
4.3 Generalsekretär	15
4.4 Kuratorium ("Board of Trustees")	16
4.5 Mitglieder	16
5 Mitgliedschaften	16
6 Finanzen	16
7 Weiterführende Informationen	16
8 Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus	16
9 Einzelnachweise	16

Mitglieder/Sponsoren/Partner: Einfluss auf Programme, Beiträge in Publikationen sowie Netzwerkbildung

Über ihre Mitgliedschaft und das Sponsern von Veranstaltungen können Vertreter von Unternehmen und Verbänden auf Veranstaltungen referieren und/oder Kontakte zu führenden Vertretern der EU-Institutionen und nationalen Politikern herstellen, die die Veranstaltungen moderieren oder als Referenten auftreten.^[1] Die Mitgliedschaft vermittelt „participation at all our debates, hard copies of our reports, the right to make suggestions for topics and finally, networking opportunities.“ Das Projektsporing garantiert „associated visibility linked to a specific project (such as a report or debate), and a possible speaking slot or op-ed contribution, with independence and balance of opinion guaranteed by Friends of Europe.“ Programme/pillar partnership bietet „visibility and input into our annual work programme for a specific pillar or programme, again with independence and balance of opinion guaranteed by Friends of Europe“. Projektbezogene Partner haben das Recht, bei einer Veranstaltung zu referieren oder einen Beitrag für einen Bericht/eine Publikation zu schreiben.^[2]

Kurzdarstellung und Geschichte

Friends of Europe ist 1999 von [Geert Cami](#) (Generalsekretär) und [Giles Merritt](#) (ehem. Generalsekretär) gegründet worden.^[3] Laut Eigendarstellung im [Transparenzregister der EU](#) ist Friends of Europe eine Denkfabrik, die ein Forum für Gespräche zwischen politischen Entscheidungsträgern auf EU- und nationaler Ebene, NGOs, Wirtschaftsführern, den Medien und der Zivilgesellschaft anbietet. Es soll eine Brücke zwischen EU-Politikern und den EU-Bürgern über Berichte, Briefings und Gespräche geschlagen werden. Jährlich werden über 50 Veranstaltungen organisiert und über 100 Publikationen herausgegeben.

Friends of Europe gehört zu einer Gruppierung, die die [Europe's World Group](#) (mit dem Politikjournal Europe's World), die ehemalige [Security & Defence Agenda](#) und das [Forum Europe](#) umfasst.

Aktivitäten

Themen

Friends of Europe beschäftigt sich mit den folgenden Themen ^[4]: Climate, Energy & Natural Resources, Democracy, Digital & Data Governance, Global Europe, Peace, Security & Defence, Sustainable Livelihoods

Programme

An Programmen werden benannt^[5]: #Critical thinking, Africa-Europe Foundation, Balkan Journey, Connected Europe, Drive Impact, EU Africa High-Level Group, Making space matter, Policy insight, Renewed Social Contract, State of Europe, The European Climate Pact, The Ukraine Initiative, Women of Europe

Veranstaltungen

Für die [Events](#) gibt es meist Mitveranstalter und Partner. So waren z. B. Partner für die Veranstaltung „Climate and Energy Summit 2017: Climate cooperation stepping up a gear“ vom 17. Oktober 2017 die folgenden Unternehmen: ENI, EDF, ENGIE, European Investment Bank (EIB), VEOLIA und Covestro.^[6] Jeder der Partner durfte bei der Veranstaltung - neben Vertretern von EU- und nationalen Institutionen - einen Referenten stellen.

Referenten bei der Veranstaltung waren^[7]: Marcel Beukeboom, Sonderbeauftragter für Klimawandel beim niederländischen Umweltministerium, Edward Calthrop, Chefvolkswirt bei der European Investment Bank (EIB), Anne Chassagnette, Leiterin der Abteilung Umwelt- und Sozialverantwortung beim Energieversorungskonzern ENGIE, Luca Cosentino, Vizepräsident beim Energiekonzern ENI, Jill Duggan, Direktorin beim Cambridge Institute for Sustainability Leadership/GB, Patrick Graichen, Direktor bei Agora Energiewende, Kaja Kallas, Mitglied des EU-Parlamentsausschusses für Industrie, Forschung und Energie, Patrick Labat, Vizepräsident für Nordeuropa des Wasser-, Entsorgungs- und Energiekonzerns VEOLIA, Claude Nahon, Vizepräsidentin für nachhaltige Entwicklung beim Energiekonzerns EDF, Richard Northcote, zuständig für nachhaltige Entwicklung beim Polymerwerkstoff-Produzenten Covestro, Yvon Slingenberg, Direktorin für Klimaverhandlungen bei der EU-Kommission, Hans Van Steen, Berater der EU-Kommission, Rachel Solomon Williams, Direktorin bei der Denkfabrik Sandbag und Changhua Wu, Direktorin beim Office of Jeremy Rifkin.

Diskussionsplattform [Debating Europe](#)

Über diese Onlineplattform können Themen, die für Europa von Bedeutung sind, mit Entscheidungsträgern und Experten der EU-Institutionen diskutiert werden. Einige Diskussionen werden von Partnern gesponsert.^[8]

Gründungspartner sind^[9]:

- Friends of Europe
- [Europe's World](#)

Debating Europe erhält Mittel aus dem Programm „Bürger, Gleichstellung, Rechte und Werte“ (CERV) der Europäischen Kommission.^[10] Das CERV wurde 2021 ins Leben gerufen und läuft sieben Jahre lang bis 2027. Es wurde zusammen mit dem Programm „Justiz“ 2021–2027 im Rahmen des Fonds für Justiz, Rechte und Werte ins Leben gerufen.

Struktur, Leitungsgremien und Mitglieder

Der Think tank "Friends of Europe", ein Verein ohne Gewinnerzielungsabsicht (asbl), ist Teil der [Europe's World Group](#), zu der auch das Politikjournal [Europe's World](#) gehört. Dessen Chefredakteur ist der Friends of Europe-Vorsitzende [Giles Merritt](#). Die [Security & Defence Agenda](#), deren Gründer und Direktor ebenfalls Giles Merritt war, ist inzwischen in den Think tank integriert. [Giles Merritt](#) ist außerdem Chefberater und Gründer von [Forum Europe](#), wo von Unternehmen gesponserte Konferenzen zum Versammlungs- und Austauschort für Lobbyisten und Politiker werden.

Präsident

[Etienne Davignon](#)^[11]

- Präsident der Denkfabrik Jacques Delors
- Mitglied des Verwaltungsrats des [Centre for European Policy Studies](#) (CEPS) und der belgischen SN Holding
- Frühere Positionen: Vizepräsident der [EU-Kommission](#), EU-Industriekommissar, Präsident der International Energy Agency (IEA), Verwaltungsratsvorsitzender der belgischen Holding Société Générale de Belgique, Präsident/Direktor des belgischen Unternehmens Tractebel Gas Engineering Belgium SA, einer Tochtergesellschaft von [GDF Suez](#)
- Initiator und ehem. Mitglied des [European Roundtable of Industrialists](#) (ERT)

Direktorin

Direktorin ist Nathalie Furrer

Generalsekretär

[Geert Cami](#), Mitgründer, ehem. Managing Director von [Forum Europe](#), wo von Unternehmen gesponserte Konferenzen zum Versammlungs- und Austauschort für Lobbyisten und Politiker werden^[12]

Kuratorium ("Board of Trustees")

Mitglieder des Kuratoriums sind eine Vielzahl ehemaliger ranghoher Mitarbeiter von EU-Institutionen, Premierminister, Minister und Abgeordnete, Diplomaten, Banker und Vertreter der NATO.^[13] Mitglieder sind u.a.

- Etienne Davignon, Präsident
- Giles Merrit, Journalist, Gründer und ehem. Generalsekretär
- Jean Claude Juncker, ehem. Präsident der EU Kommission

Mitglieder

Die Mitglieder im Jahr 2024 sind [hier](#) abrufbar. Es handelt sich im Wesentlichen um Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Handelskammern, internationale und europäische Organisationen, Stiftungen sowie Botschaften und Vertretungen von Staaten bei der EU.

Mitgliedschaften

Friends of Europe ist Mitglied bei

- [The Brussels Binder](#)
- [The UN Global Compact](#)

Finanzen

Im Jahr 2024 lagen die Einnahmen bei ca. 3,2 Mio. Euro.^[14] Davon entfielen auf europäische und internationale Institutionen 21%, diplomatische Vertretungen 8 %, nationale, regionale und lokale Institutionen 8 %, Wirtschaft 38 %, Stiftungen und NGOs 24 %, Mitgliedsbeiträge 9 %.

Weiterführende Informationen

[Friends of Europe im EU Transparenzregister](#)

Aktuelle Informationen aus der Welt des Lobbyismus

Newsletter

Bluesky

Facebook

Instagram

Einzelnachweise

1. ↑ [Types of revenue](#), friendsofeurope.org, abgerufen am 01.11.2017
2. ↑ [Revenue breakdown](#), friendsofeurope.org, abgerufen am 01.11.2017
3. ↑ [Governance](#), friendsofeurope.org, abgerufen am 05.04.2025
4. ↑ [All areas of expertise](#), friendsofeurope.org, abgerufen am 07.04.2024

5. ↑ [All programmes](#), friendsofeurope.org, abgerufen am 07.04.2025
6. ↑ [Partners](#), friendsofeurope.org, abgerufen am 31.10.2017
7. ↑ [Speakers](#), friendsofeurope.org, abgerufen am 01.11.2017
8. ↑ [Frequently Asked Questions](#), debatingeurope.de, abgerufen am 31.10.2017
9. ↑ [Founding Partners](#), debatingeurope.de, abgerufen am 31.10.2017
10. ↑ [About](#), debatingeurope.eu, abgerufen am 07.04.2025
11. ↑ [Etienne Davignon](#). europajacquesdelors.eu, abgerufen am 05.04.2025
12. ↑ [Max Bank: TTIP-Konferenz: Lobbyisten kaufen sich Kontakt zur Politik](#), Lobbycontrol vom 10. Februar 2015
13. ↑ [Board of Trustees](#), friendsofeurope.org, abgerufen am 05.04.2025
14. ↑ [Financials](#), friendsofeurope.org, abgerufen am 06.04.2025

Kangaroo Group

Die **Kangaroo Group** ist ein Zusammenschluss zur Förderung der Europäischen Einheit über konkrete gemeinsame Projekte.^[1] Beteiligt sind Mitglieder des Europäischen Parlaments, Vertreter von Unternehmen und Verbänden sowie diesen nahestehende Wissenschaftler und Experten. Im EU Transparenzregister ist sie als Denkfabrik registriert. Mit der Gründung der Kangaroo Group wurde ein Rahmen geschaffen, in dem sich Lobbyisten zwanglos mit EU-Politikern und EU-Beamten treffen und ihre Anliegen vortragen können. Bis zum Januar 2012 hatte die Kangaroo-Group ihr offizielles Büro in Räumlichkeiten des Europäischen Parlaments in Brüssel. Erst auf Druck von CEO bezog die Intergroup ein neues Büro in unmittelbarer Nähe des Parlaments.^[2]

Nach Recherchen des lobbykritischen Netzwerks *Corporate Europe Observatory (CEO)* benutzt die Rüstungsindustrie die Kangaroo Group als einen ihrer Kanäle, um über ihre Arbeitsgruppe "Space, Defence & Security" die Sicherheits- und Verteidigungspolitik der EU zu beeinflussen.^[3]

Das Mitglied [Werner Langen](#) setzte sich im Europäischen Parlament jahrelang für die Interessen der Unternehmen und Verbände ein, die Mitglied in der Gruppe sind. Das Vorstandsmitglied [Rainer Wieland](#) ist Vizepräsident des Europäischen Parlaments.

Kangaroo Group	
Rechtsform	Non-Profit-Organisation nach belgischem Recht
Tätigkeitsbereich	Plattform für Debatten und Projekte auf EU-Ebene
Gründungsdatum	1979
Hauptsitz	Brüssel, Rue Wiertz 11
Lobbybüro	
Lobbybüro EU	Brüssel, Rue Wiertz 11
Webadresse	www.kangaroogroup.eu

Inhaltsverzeichnis

1 Aktivitäten	18
2 Budget/Lobbyist:innen	18
3 Fallstudien und Kritik	19
3.1 Rüstungslobby und das Europäische Parlament	19
4 Organisationsstruktur und Personal	19
4.1 Geschäftsführung	19
4.2 Vorstand (Board)	19
4.3 Mitglieder	19
5 Einzelnachweise	20

Aktivitäten

Zur Kontaktpflege zwischen EU-Parlamentariern, Mitarbeitern der EU-Kommission und Aufsichtsbehörden sowie Vertretern der Wirtschaft werden Brussel Debates und Strasbourg Lunches organisiert. Lobbyarbeit kann auch in den folgenden Arbeitsgruppen betrieben werden: Financial Services, Health sowie Space, Security & Defence betrieben werden.

Ein Beispiel für eine Tagung der Arbeitsgruppe "Financial Services" ist die Tagung vom 7. Juni 2023 zum Thema "Supporting medium-sized smaller banks in the EU – the EC's new CMDI regime" mit Statements von [\[4\]](#)

- [Markus Ferber](#), Mitglied des Europäischen Parlaments (CSU/EVP) und dort Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON)
- Marie Donnay, Leiterin der Abteilung „Resolution and deposit insurance“ bei der Generaldirektion FISMA der EU-Kommission
- Edouard Fernandez-Bollo, Mitglied des EZB-Rats, dem obersten Beschlussorgan der Europäischen Zentralbank
- Daniel Quinten, Vorstandsmitglied [Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken](#) (BVR)
- Karolin Schriever, Vorstandsmitglied [Deutscher Sparkassen- und Giroverband](#) (DSGV)
- Barbara Sillac, Head of Prudential Affairs des Französischen Bankenverbands (FBF)

Weiterhin werden Publikationen herausgegeben.

Budget/Lobbyist:innen

Im EU Transparenzregister gibt die Kangaroo Group an, für das Jahr 2022 (Stand: 07/03/2023)

- 230 Tsd. Euro für Lobbyarbeit auszugeben und'
- zwei Lobbyist:innen zu beschäftigen ([zum Registereintrag](#))

Lobbyismus in der EU



- [Überblick A-Z](#)
- [Lobbyismus in der EU](#)

Fallstudien und Kritik

Rüstungslobby und das Europäische Parlament

Corporate European Observatory (CEO) berichtete allgemein von einer verstärkten Einflussnahme von Waffenproduzenten auf die EU. Auch wenn sich die Lobbyarbeit von Rüstungskonzernen auf die Europäischen Kommission konzentriert, ist der Einfluss auf das Europäische Parlament nicht zu unterschätzen. Die Kangaroo Group hat sich hier zu einem Angelpunkt für Lobbyarbeit entwickelt. Mit dem Argument, die Militärausgaben der einzelnen EU-Staaten senken zu wollen, wird das Thema der *Gemeinsamen Verteidigungs- und Sicherheitspolitik* von der Kangaroo Group angegangen. Das von der Kangaroo Group organisierte Forum *Space, Defence & Security* schafft für die Industrie den Rahmen, den Parlamentariern ihre Interessen zu vermitteln. Neben rüstungsspezifischen und technischen Angelegenheiten, werden auch aktuelle politische Themen wie *The current state in Somalia* oder *Libya: Responsibility to Protect* in den Sitzungen besprochen.^{[5][6]} Laut CEO hat die Kangaroo Group auf den Treffen stets die Militarisierung der EU befürwortet.^[6]

Organisationsstruktur und Personal

Geschäftsführung

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar.

Präsident ist der EU-Parlamentarier Michael Gahler (CDU/EVP), Vizepräsident der Europäischen Union Deutschland und der Paneuropa-Union Deutschland, Vorsitzender der EP - Taiwan Freundschaftsgruppe, Beiratsmitglied der Europe Asia Foundation Limited und Mitglied der Intergroup [Sky and Space](#)^{[7][8]}

Generalsekretärin ist Josepha von Wolff Metternich

Vorstand (Board)

Die Mitglieder des Vorstands sind [hier](#) abrufbar. Sie kommen aus den Bereichen Europäisches Parlament (Herbert Dorfmann und [Rainer Wieland](#)), Andere Institutionen, Akademiker und Experten (z. B. Alexander Radwan, MdB, CDU) sowie Industrie, Dienstleistungen und Handel (z.B. Georg Huber, [Deutscher Sparkassen- und Giroverband](#))

Mitglieder

Die Mitglieder sind [hier](#) abrufbar. Sie werden in die folgenden Kategorien unterteilt: Mitglieder des Europäischen Parlaments, Mitglieder anderer Institutionen, Akademiker und Experten sowie Mitglieder aus den Bereichen Industrie, Dienstleistungen und Handel.

Zu den Mitgliedern gehören der EU-Parlamentarier [Markus Ferber](#) (CSU/EVP) sowie eine Vielzahl von Unternehmen/Verbänden sowie deren Repräsentanten wie [Allianz](#), [CEFIC](#), Tobacco Europe, [Handelsverband Deutschland \(HDE\)](#), [Bundesverband der Deutschen Volksbanken und Raiffeisenbanken \(BVR\)](#), [Deutscher Sparkassen- und Giroverband \(DSGV\)](#) und ExxonMobil.

Einzelnachweise

1. ↑ [Welcome to the Kangaroo Group](#), kangaroogroup.de, abgerufen am 06.06.2023
2. ↑ [Kangaroo-Group's base in Parliament challenged](#), www.corporateeurope.org vom 21.09.2011, abgerufen am 07.11.2012
3. ↑ [Schreiben von CEO an die Kommission vom 21. September 2011](#), Webseite corporateeurope, abgerufen am 21.09.2014
4. ↑ [Next Events 2023](#), kangaroogroup.de, abgerufen am 07.06.2023
5. ↑ [CURRENT STATE IN SOMALIA](#) www.Kangaroogroup.org, vom 29.02.2012, abgerufen am 16.02.2012.
6. ↑ ^{6,06,1} [Lobbying Warfare, the arms industry role in building a military Europe, 21.09.2011](#), abgerufen am 10.12.2012
7. ↑ [Profil](#), europarl.europa.eu, abgerufen am 06.06.2023
8. ↑ [Intergroup on Sky and Space](#), europarl.europa.eu, abgerufen am 06.06.2023